Schleswig-Holsteinischer Landtag 15. Wahlperiode

Drucksache 15/13.01.2005
ant-dienstleistungen-hb-ls-m.rtf

Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 15/5387

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zu Drs. 15/3844 (neu)

EU-Richtlinienentwurf über die Dienstleistungen im Binnenmarkt muss korrigiert werden

Der Landtag wolle beschließen:

- Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt die Bemühungen der EU-Kommission, mit einer EU-Richtlinie für Dienstleistungen im Binnenmarkt die vielfältigen Hindernisse in rechtlicher, administrativer und praktischer Art zu beseitigen.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass der Richtlinienvorschlag in der vorliegenden Fassung diesem Anspruch nicht gerecht wird. Das Herkunftslandprinzip in dieser Form schafft nicht Rechtssicherheit, sondern beeinträchtigt das rechtsstaatliche Prinzip. Darüber hinaus könnte derzeit die Verwirklichung des in der Richtlinie vorgeschlagenen Herkunftslandprinzips (Artikel 16 der Richtlinie) zu massiven Standortnachteilen für hiesige Unternehmen und zu Sozialabbau bei den Beschäftigten führen.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag sieht die Gefahr, dass durch die vorgeschlagenen Regelungen zur Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht (Artikel 15 der Richtlinie) die Verwaltungshoheit der Mitgliedsstaaten eingeschränkt wird, ein erheblicher zusätzlicher Verwaltungsaufwand hervorgerufen wird und ein Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip entsteht.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die zur Richtlinie im Beschluss des Bundesrates geäußerten Bedenken (Bundesratsdrucksache 128/1/04 vom 02.04.2004).
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag lehnt den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlamentes und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt (KOM (2004)2) vom 25.02.2004 in der vorliegenden Fassung ab.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Bundesregierung auf, im Rahmen der Verhandlungen dafür Sorge zu tragen, dass Regelungen gefunden werden, die den o.a. Bedenken Rechnung tragen.

Hermann Benker und Fraktion

Roswitha Strauß und Fraktion

Dr. Heiner Garg und Fraktion

Karl-Martin Hentschel und Fraktion

Lars Harms und SSW-Abgeordnete